Betreff: Re: WG: Sendung Caren Miosga

Von: Günter Striewe <guenter.striewe@t-online.de>

Datum: 14.05.2025, 10:11

An: "Frei, Thorsten" <thorsten.frei@bundestag.de>

Danke Herr Frei,

dass Sie mir geantwortet haben. Das haben andere Politiker - eben auch der CDU - aktuell noch nicht geschafft.

Leider erinnert mich Ihre Antwort aber an die Kritik, die die Süddeutsche Zeitung zu Ihrem Auftritt in der Sendung verbreitet hat. Sie seien eben ein Politiker, der es schafft, mit vielen Worten nichts zu sagen. (<https://www.sueddeutsche.de/medien/caren-miosga-tv-kritik-thorsten-frei-migration-li.3250164>)

Ich halte die Diskussion rund um die Migration deshalb für unerträglich, weil sie die Fluchtursachen nicht in den Blick nimmt. Wir leisten uns einen Lebensstandard, der ausblendet, wie das in der Welt des globalen Südens ankommt. In Leserforen finde ich immer wieder die Meinung, wir sollten unser Geld im Lande halten und nicht für die Entwicklungshilfe ausgeben. Machen Sie doch einfach mal deutlich, wie wir auf Kosten schlechter Arbeitsbedingungen und umweltschädlicher Produktionsweisen ausbeuterisch unterwegs sind! Nur deshalb können viele Produkte billig auf den Markt geworfen werden. Dabei ist doch angesichts der Umwelt- und Klimaschäden Nachhaltigkeit das oberste Gebot.

Das Lieferkettengesetz als Ursache für die jüngste Rezessionsphase darzustellen, grenzt schon an Volksverdummung. Wir brauchen endlich eine ökosoziale Marktwirtschaft, die den Beschäftigten und der Umwelt hilfreich ist. Und dazu ist auch die Kontrolle in den Ländern dringend geboten, die die Billigprodukte auf den Markt werfen. Gerade die Modebranche ist doch ein treffendes Beispiel. Und warum beuten wir die Rohstoffe der Entwicklungsländer aus, ohne sie selbst am Gewinn bringenden Veredelungsprozess teilhaben zu lassen? Mit unseren Produkten der Lebensmittelindustrie haben wir dagegen die lokalen Märkte in Afrika zerstört!

Wohlstand durch Wertschöpfung gönnen Sie diesen Ländern aber offensichtlich nicht und der Wertschöpfungserfolg im Inland wandert fast ausschließlich in die Taschen der Manager und Aktionäre und Sie scheuen sich, diese angemessen zu besteuern.

Und dann sind wir schon bei den Schulden. Jetzt Corona-Krise, Ahrtalflut und Ukrainekrieg als neue Entschuldigung für den Schuldenanstieg heranzuziehen, ist erbärmlich. Seit Jahrzehnten haben wir die Infrastruktur vernachlässigt. Jetzt bersten die Brücken, die Schienen und Schulen sind sanierungsbedürftig. Die Kette der Versäumnisse lässt sich fortsetzen. Aber die reichen Reichen werden dank billiger Abgeltungssteuer auf ihre Dividenden immer reicher. Nur die Kleinsparer werden wegen des abgeschmolzenen Sparerfreibetrages belastet. Das hatte sich das BVerfG in seinem Zinsurteil anders gedacht.

Es ist ein blödes Argument, man könne die Steuern deshalb nicht erhöhen, weil dann die Wirtschaft zu stark belastet werde. Dividenden und fette Managergehälter haben den Etat der Industrieunternehmen bereits verlassen und stehen der Wirtschaft damit nicht mehr zur Verfügung. Sie werden auf einem ständig wachsenden Haufen gestapelt oder für ein Luxusleben mit Fernreisen, privaten Jets und Yachten ausgegeben, jedenfalls fördern sie nur klimaschädliches

Verhalten.

Wieso kommen Sie am Schluss Ihrer Mail dazu, mir Vorhaltungen hinsichtlich meiner Kritik an Frau Bas zu machen? Sie selbst und andere Mitglieder Ihrer Partei haben doch auch bereits die Vorschläge kritisiert und zurückgewiesen. Der Unterschied ist aber, dass Sie keinen Vorschlag unterbreitet haben, wie man das Finanzierungsproblem der Sozialkassen lösen soll. Dagegen habe ich darauf verwiesen, dass man mit einer Wertschöpfungsabgabe sehr wohl Geld in die Kassen der Sozialversicherung umlenken kann, ohne zugleich neue Ansprüche zu generieren. Wann lösen Sie sich endlich von der Vorstellung, dass nur Beitragszahler unmittelbar für die Renten aufkommen müssen? Haben Sie noch immer nicht verstanden, wie sich die Arbeitswelt seit Einführung der Sozialversicherung gewandelt hat?

Ihr eigenes Zahlenbeispiel in der Sendung macht doch deutlich, dass unser gesamter Fortschritt auf technischer Innovation beruht. Diesen Vorteil abzuschöpfen und der Allgemeinheit zukommen zu lassen, ist das Ziel einer Wertschöpfungsabgabe. Aber ganz offensichtlich haben Sie das nicht gelesen. So wird das nichts mit neuen Ideen zur Rettung unserer Staatsfinanzen.

Zum Glück wird die Dienstleistung im Gesundheitswesen schon besser honoriert. Dafür ging aber heute die Meldung über das Radio, dass die Krankenkassen nur mit einem staatlichen Zuschuss in beachtlicher Höhe vor der Pleite gerettet werden können, weil ihre Reserven aufgebraucht sind. Warum werden viele Dienstleistungen nur noch in Form von Schwarzarbeit erbracht? Weil von dem, was für eine Dienstleistungsstunde gezahlt werden muss, nur sehr wenig in der Tasche des Arbeiters ankommt.

Dann streiten Sie sich über den Mindestlohn. Sorgen Sie doch einfach mit dem von mir vorgeschlagenen Modell einer Wertschöpfungsabgabe dafür, dass Arbeitslöhne von hohen Nebenkosten entlastet werden. Meine Idee geht zurück auf einen Aufsatz in der FAZ mit dem Vorschlag, Roboter sollten unsere Rente zahlen. Das war verkürzt auf den Punkt gebracht, dass der Automatisierungsgewinn wirklich der Gemeinschaft dienen muss.

Schauen Sie sich einfach um auf meiner HP. Sie geht zurück auf meinen Wunsch, die Ideen und Erfahrung, die ich einmal während meiner politischen Tätigkeit in Arbeitskreisen entwickelt und gewonnen habe, nach meinem Parteiaustritt nicht in der Versenkung verschwinden zu sehen. Daraus haben sich dann meine inzwischen umfangreichen Anmerkungen zur Politik entwickelt. Ich bin bei vielen aktuellen Problemen immer wieder selbst überrascht, was ich dazu schon mal vor Jahren aufgeschrieben habe, was aber nie umgesetzt worden ist.

Da hat man mal einen Politiker mit guten Ideen überzeugt, sich für eine bestimmte Lösung einzusetzen, verschwindet der schon wieder von der Bildfläche und ein Neuling versucht sich an dem Job. Zum Einstieg in meiner HP empfehle ich Ihnen diese Seite: <https://politik.striewe-online.de/soziales/gerechtigkeit.html>

Versuchen Sie nicht ständig, die Verhältnisse der Bürger engstirnig regeln zu wollen. Geben Sie den Bürgern den notwendigen Spielraum, die Lebensplanung auch finanziell eigenständig zu gestalten. Dazu müssen die Steuer- und Abgabenlasten tatsächlich auf die starken Schultern verlagert werden. Wer jährlich mehr als das 10-fache eines Durchschnittseinkommens oder gar eines durchschnittlichen Lebenseinkommens zur Verfügung hat, kann auch deutlich mehr zum Gelingen unseres Staatswesens beitragen. Dann brauchen wir keine Schulden, um unsere Infrastruktur wieder in Ordnung zu bringen, und können denen im globalen Dorf helfen, die heute nicht wissen,

wie sie den morgigen Tag erreichen sollen.

Eine Partei mit dem "C" im Namen sollte einfach mehr Empathie entwickeln, statt den reichen Reichen immer mehr in den Hintern zu pusten. Es ist die große Ungerechtigkeit an allen Ecken und Enden, die die Bürger in die Arme der AfD treibt, die mit Schlagworten darzustellen versucht, es alles besser zu können. Tatsache ist aber, dass das Leben Anstrengung kostet. Der Lohn der Anstrengung muss aber auch bei denen ankommen, die sich bemühen. Und dazu muss der Staat lenkend in die Finanzströme eingreifen. Sonst werden die Geldhaufen der reichen Reichen immer größer und die Armen werden immer ärmer.

Mit angemessenem Gruß

Günter Striewe

Brunnenstraße 98
40764 Langenfeld

Telefon: 02173 / 14 99 49

eMail: Guenter.Striewe@t-online.de

Internet: www.Politik.Striewe-online.de

Am 13.05.2025 um 16:28 schrieb Frei Thorsten:

Sehr geehrter Herr Striewe,

vielen Dank für Ihren Meinungsbeitrag.

In unserem Land ist es immer noch so, dass der Journalist oder Moderator die Fragen stellt und damit auch die Themen setzt. Zudem ist die Migrationspolitik jenes Thema, das die Menschen sehr bewegt und die Gesellschaft spaltet. Wir können das nicht ausblenden, auch wenn es Sie nerven oder langweilen mag.

Deutschland gehört nach den USA zu jenen Ländern, die seit Jahrzehnten am meisten Entwicklungshilfe leisten. Bei einer rasant wachsenden globalen Bevölkerung sind Erfolge durch immer wieder neue Nöte nicht immer sichtbar, aber es gibt derer viele. Und sie würden diese Länder noch viel weiter nach vorne bringen, wenn es vor Ort Stabilität und handelnde Akteure geben würde, die sich ausschließlich in das Wohl der Menschen stellen würden. Wir mögen Produkte "billig" einkaufen, aber in diesen Ländern sorgen wir damit für bessere Lebensverhältnisse. Und da in Deutschland eben auch sehr viele Menschen aufs Geld schauen müssen, schauen sie eben - globale Verpflichtung hin oder her - auch auf den Preis.

Wohlstand entsteht bekanntlich durch Wertschöpfung. Allein durch Dienstleistungen gelingt dies, siehe die Deindustrialisierung in Großbritannien, deutlich schwerer. Entsprechend ist unser Wohlstand mit Hilfe unserer Industrie deutlich größer. Und man sollte nicht verkennen, dass im Gesundheitswesen Arbeit besser vergütet ist, als in vielen anderen Branchen.

Mit der Schuldenbremse in den vergangenen gut 15 Jahren haben wir das gemacht, was Sie fordern. Der Bund hat bis zur Corona-Krise viele Schulden abgebaut und auch den Krieg in der Ukraine haben wir uns nicht ausgesucht. Dies oder andere Ereignisse, etwa die Ahrntalflut, sucht sich kein Politiker aus, das bringt aber jeden Haushalt in Schieflage und fordert politische Antworten.

Das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz ist so komplex geworden wie der Name selbst. Es hat mit dem daraus erwachsenen Bürokratieaufwand auch dazu beigetragen, dass unser Land in die längste Rezessionsphase in seiner Geschichte geraten ist, da es Kräfte